



Frau Bundesministerin  
Dr. Barbara Hendricks MdB  
Bundesministerium für Umwelt,  
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit  
Stresemannstraße 128-130  
10117 Berlin

16.12.2013

### **Suche nach einem Endlager für radioaktive Abfälle in der Schweiz**

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

zu Ihrer Ernennung zur Bundesministerin gratuliere ich Ihnen von Herzen. Ich wünsche Ihnen für Ihre ebenso verantwortungsvolle als auch spannende Aufgabe viel Erfolg, eine glückliche Hand und Gesundheit.

Gestatten Sie, dass ich schon zu Beginn Ihrer Amtszeit in einer nicht nur für unseren Landkreis, sondern für die gesamte Hochrheinregion wichtigen Angelegenheit an Sie herantrete.

Es geht um die Suche der benachbarten Schweiz, mit der uns eine rund 150 km lange gemeinsame Grenze verbindet, nach einem Endlager für radioaktive Abfälle. Von den vorgeschlagenen 6 Standortregionen für die schwach- und mittelaktiven und die hochaktiven Atomabfälle befinden sich 4 in unmittelbarer Grenznähe zu Deutschland. Nach dem derzeitigen Stand ist davon auszugehen, dass zumindest das Lager für die hochaktiven Abfälle nur in einer dieser grenznahen Region errichtet werden kann, da sich ausreichend mächtige, für eine Einlagerung geeignete Opalinustonschichten nur in unmittelbarer Grenznähe finden.

In dieser für uns wichtigen Frage haben wir seit Jahren wertvolle Unterstützung Ihres Hauses erfahren. Dies gilt auch für die von Ihrem Ministerium eingerichtete Expertengruppe Schweizer Tiefenlager (ESchT). Mit finanzieller Unterstützung Ihres Hauses wurde in Waldshut auch die deutsche Koordinationsstelle Schweizer Tiefenlager (DKST) eingerichtet, die die Kommunikation auf deutscher Seite koordiniert. Auch hierfür nochmals herzlichen Dank.

Der Landkreis Waldshut hat in den vergangenen Jahren gegenüber der Schweiz immer wieder deutlich gemacht, dass wir akzeptieren, dass es die geologischen Gegebenheiten sind, die eine Endlagerung der schweizer Atomabfälle in Grenznähe erfordern. Wir haben hierbei aber immer auch zum Ausdruck gebracht, dass für uns eine Oberflächenanlage mit ihrer „heißen Zelle“ in unmittelbarer Grenznähe nicht hinnehmbar ist, wenn hierfür keine sachliche Notwendigkeit besteht.

Zur Zeit werden in den verschiedenen Regionalkonferenzen die von der entsorgungspflichtigen NAGRA vorgeschlagenen Standorte für die Oberflächenanlagen diskutiert. In der Hochrheinregion bereitet uns derzeit Sorge, dass sich in der Standortregion Nördlich Lägern die Feststellung eines sehr grenznahen Standortes für die Oberflächenanlagen abzeichnet. Am 14. Dezember 2013 hat die Regionalkonferenz empfohlen neben einem grenzferneren Standort die nächsten Arbeitsschritte auf den grenznahen Standort Weiach zu konzentrieren. Die dort geplanten Anlagen sind von Schweizer Siedlungsgebieten kaum einsehbar, aber sehr gut von der deutschen Hochrheingemeinde Hohentengen aus. Eine mögliche Lärmproblematik beim Auffahren des Endlagers und während dessen Betrieb betreffe primär das Siedlungsgebiet von Hohentengen, das 700 Meter vom potenziellen Standort entfernt liegt. Es ist sicher keine gut nachbarschaftliche Beziehung, wenn als Standort für die Oberflächenanlagen ein derart grenznaher Standort gewählt wird, bei der eine deutsche Gemeinde einen Großteil der negativen Umweltauswirkungen zu tragen hätte, obwohl in der Region weitere vergleichbare aber grenzfernere Standorte vorhanden sind, wie etwa der von der Regionalkonferenz weiter vorgeschlagene Standort Stadel Haberstal.

Sehr geehrte Frau Bundesministerin, ich habe an Sie die ebenso herzliche wie eindringliche Bitte, dass Ihr Haus sich gegenüber der Schweiz weiterhin dahin positioniert, dass der Standort Weiach abgelehnt wird, da mit dem Standort

Blatt 3

Stadel Haberstal ein sicherheitstechnisch vergleichbarer Standort zur Verfügung steht, der von der Grenze aber weiter entfernt liegt.

Herzlichen Dank für Ihre Bemühungen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.:  
Tilman Bollacher



AMT / DEZ.	
LANDRATSAMT WALDSHUT	
Eing.: 30. JAN. 2014 (8)	
<input type="checkbox"/> Kfn.+Rückg.	<input type="checkbox"/> Stellungnahme
<input type="checkbox"/> Rückspr.	<input type="checkbox"/> Behandl. wie bespr.
<input type="checkbox"/> Antwort d. PA	<input type="checkbox"/> Z.d.A.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, 11055 Berlin

An den Landrat  
des Landkreises Waldshut  
Herrn Tilman Bollacher  
Kaiserstr. 110  
79761 Waldshut-Tiengen

**Dr. Barbara Hendricks**  
Bundesministerin  
Mitglied des Deutschen Bundestages

TEL +49 3018 305-2000

FAX +49 3018 305-2046

maileingang@bmu.bund.de

www.bmu.de

Berlin, 24. 01.14

Sehr geehrter Herr Landrat,

für Ihr Schreiben vom 16. Dezember 2013 und die Glückwünsche zu meiner Ernennung zur Bundesministerin danke ich Ihnen.

Sie können sich sicher sein, dass mein Haus Ihre Anliegen im weiteren Verfahren unterstützen wird.

Das BMUB wird ein besonders hohes Augenmerk auf die Entwicklungen im Schweizer Verfahren und insbesondere auch auf die Region Nördlich Lägern richten. Ich halte es ebenfalls für erforderlich, dass die Nagra ihre Planungsstudien nicht auf den Standort Weiach beschränkt, sondern Stadel-Haberstal mit gleichem Tiefgang prüft.

Ich bitte Sie allerdings um Verständnis, dass zunächst die Planungsstudie der Nagra für diese Region abgewartet wird. Sobald diese vorliegt, wird sich die deutsche Expertengruppe-Schweizer-Tiefenlager (ESchT) mit der Prüfung und Nachvollziehbarkeit der Unterlage beschäftigen. Sollte sich im



Seite 2

Rahmen dieser Prüfung bestätigen, dass die beiden vorgeschlagenen Standortareale sicherheitstechnisch als gleichwertig eingestuft werden können und gleichwohl das grenznähere Areal priorisiert wird, werde ich unverzüglich Gespräche mit dem Schweizer Bundesamt für Energie anberaumen.

Mit freundlichen Grüßen

*Barbara Hendricks*